



Frankfurt am Main, 26. November 2020
Nr. 36/2020

Tarifbewegung 2020/2021

IG Metall fordert vier Prozent für Beschäftigungssicherung und Entgeltstärkung in der Metall- und Elektroindustrie

- ▶ Tariflicher Rahmen soll betriebliche Optionen zur Absenkung der Arbeitszeit schaffen.
- ▶ Zukunftstarifverträge sollen Investitionen, Standorte, Beschäftigung und Qualifizierung sichern.
- ▶ Volkswagen: Forderung nach vier Prozent mehr Entgelt, verbesserten Freistellungsmöglichkeiten und Sicherung von Ausbildungsplätzen.
- ▶ Westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie: Forderung nach 4 Prozent mehr Entgelt und verbesserter Altersteilzeit.

Frankfurt am Main – Die IG Metall fordert für die mehr als 3,8 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie ein Zukunftspaket. Dieses beinhaltet ein Volumen von vier Prozent, das zur Stärkung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen sowie zur Finanzierung von Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung eingesetzt werden kann. Die Laufzeit soll zwölf Monate betragen. Das beschloss der Vorstand der Gewerkschaft am Donnerstag in Frankfurt.

„Die IG Metall strebt einen tariflichen Rahmen an, der ein Entgeltvolumen umfasst, das zur Erhöhung der Einkommen und in Betrieben mit Beschäftigungsproblemen zum Ausgleich von Einkommensverlusten beiträgt, wenn dort Arbeitszeit reduziert wird, etwa in Form der 4-Tage-Woche. Mit Zukunftstarifverträgen sollen passgenaue betriebliche

Herausgegeben von der
Pressestelle der IG Metall

Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Telefon: 069 6693-2670

pressestelle@igmetall.de
www.igmetall.de/presse



Lösungen gefunden werden, die Zusagen für Investitionen, Standorte, Beschäftigung und Qualifizierung enthalten“, erklärte Jörg Hofmann, Erster Vorsitzender der IG Metall.

Weitere Themen sind die Verbesserung der Ausbildungsqualität und die unbefristete Übernahme der Ausgebildeten und der dual Studierenden.

In den ostdeutschen Tarifgebieten besteht die Forderung nach einem tariflichen Angleichungsgeld, um die Schlechterstellung der ostdeutschen Beschäftigten bei Arbeitszeit und Stundenentgelten zu beenden.

Durch die Pandemie ist der private Verbrauch in diesem Jahr eingebrochen und als Wachstumsmotor ausgefallen. Die Sicherung der Einkommen ist daher geboten, sie trägt dazu bei, die Binnennachfrage zu stabilisieren und die Krisenfolgen einzudämmen. Der verteilungsneutrale Spielraum ergibt sich dabei aus der Zielinflationsrate der EZB von bis zu zwei Prozent und der Trendproduktivität von rund einem Prozent. Zudem ist zu berücksichtigen, dass die Entgelttabellen im März 2020 um weitere neun Monate fortgeschrieben wurden und damit die Inflationsentwicklung 2020 bisher keine Berücksichtigung fand.

„Die Vorschläge zur 4-Tage-Woche und zu Zukunftstarifverträgen sind Antworten auf die digitale und ökologische Transformation. Damit wollen wir den Beschäftigten Perspektiven geben, denn die Verunsicherung reicht inzwischen tief in die Stammebelegschaften hinein“, sagte Hofmann.

Die Verhandlungen beginnen Mitte Dezember in den Tarifgebieten. Die Tarifverträge „Entgelte und Ausbildungsvergütungen“ und „Zukunft in Arbeit“ laufen am 31. Dezember aus, der Tarifvertrag „Beschäftigungssicherung und -entwicklung“ am 31. Januar 2021. Die Friedenspflicht endet somit am 1. März. 2021, 24.00 Uhr.

**Herausgegeben von der
Pressestelle der IG Metall**

Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Telefon: 069 6693-2670

pressestelle@igmetall.de
www.igmetall.de/presse



Der Vorstand der IG Metall hat auch die Forderungen für die Tarifverhandlung bei der Volkswagen AG beschlossen. Für die rund 120.000 Beschäftigten in den sechs westdeutschen Werken und bei den Financial Services gilt ein Haustarifvertrag.

Die IG Metall fordert hier die Anhebung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen um vier Prozent ab Januar 2021 bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die tarifliche Zusatzvergütung sollen künftig alle IG Metall-Mitglieder in freie Tage umwandeln können.

Zur Sicherung der Ausbildung und der beruflichen Perspektiven junger Menschen verlangt die IG Metall die Festschreibung von jährlich 1.400 Ausbildungsplätzen für die kommenden zehn Jahre.

Die IG Metall fordert auch die Aufnahme von Gesprächen, um die Lage von Auszubildenden und von Studierenden im Praxisverbund zu verbessern. Dabei geht es um die Übernahme der Semesterbeiträge durch das Unternehmen, um die Einbeziehung des praxisintegrierten Studiums in die Regelungen des Ausbildungstarifvertrages und um die Übernahme der Regelungen zu den tariflichen Freistellungszeiten auch für Auszubildende und Studierende im Praxisverbund.

Die Friedenspflicht bei Volkswagen endet am 28. Januar.

Für die rund 75.000 Beschäftigten der westdeutsche Textil- und Bekleidungsindustrie hat der Vorstand der IG Metall die Forderung nach Erhöhung der Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen um vier Prozent beschlossen, mindestens aber um 100 Euro, bei einer Laufzeit von 12 Monaten.

**Herausgegeben von der
Pressestelle der IG Metall**

Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Telefon: 069 6693-2670

pressestelle@igmetall.de
www.igmetall.de/presse



Zudem fordert die IG Metall den Neuabschluss des Tarifvertrags Altersteilzeit mit verbesserten Konditionen bei Aufzahlung und Anspruchsquote in der Textil- und Bekleidungsindustrie. Ein weiteres Thema sollen Instrumente zur Beschäftigungssicherung sein.

Silke Ernst
Bereichsleiterin Kommunikation, Presse und Medien
Tel.: 069-6693 2970 / mobil: 0151-16239 429
silke.ernst@igmetall.de

Die IG Metall auf Twitter, Facebook & Youtube:

twitter.com/IGMetall

www.facebook.com/igmetall

www.youtube.com/user/IGMetall

**Herausgegeben von der
Pressestelle der IG Metall**

Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt
Telefon: 069 6693-2670

pressestelle@igmetall.de
www.igmetall.de/presse